

Das Problem Staatsraison

Mohssen Massarrat*

10. April 2012

Günter Grass hat mit seinem Prosagedicht „Was gesagt werden muss“ eine wichtige Debatte über Israel und seine Zukunft im Mittleren und Nahen Osten, einer von Gegensätzen erschütterten Region, angestoßen. Peter von Becker bezeichnete im Berliner Tagesspiegel vom 04. April in einer der ersten sachlich noch wohlwollenden Reaktionen Grass' Plädoyer für die permanente Kontrolle der Atomanlagen von Israel und Iran durch eine „internationale Instanz“ als „vernünftig wie naiv“. Denn der „deutsche Großschriftsteller“ wische vom Tisch, was, so von Becker, bisher zu Israels Staatsraison „wir werden unser Schicksal nie mehr in fremde Hände legen“, gehöre. „Wo Grass endet, beginnt also erst“, so von Beckers vieldeutige Schlussfolgerung, „was gefragt werden muss“.

Ich unterstelle, die internationale Gemeinschaft ist reif dafür, die Frage nach der Legitimation von Israels Staatsraison in der Vergangenheit und nach ihrer sicherheitspolitischen Rationalität in der Gegenwart zu stellen und offen zu diskutieren. Der Ausgangspunkt einer Ziel führenden Diskussion ist, und wie könnte es anders sein, das Sicherheitsbedürfnis der israelischen Bevölkerung, das durch vielfältig verursachte Bedrohungsängste entstanden ist. Angst ist ein Gegenwartsempfinden, sie verlangt hier und heute nach klaren Antworten und blockiert oft die Suche nach alternativen Lösungen, erst recht geht dabei das Interesse an einer rationalen Ursachenforschung verloren. Jeder Versuch, die durch palästinensische Raketen oder durch Irans Atomprogramm in Angst versetzten Menschen in Israel für eine rationale Debatte über Ursache und Wirkung und für eine andere Politik gewinnen zu wollen, muss scheitern. Denn das Angstepfinden kennt keine moralische Legitimation, es legitimiert sich selbst. Getrieben von der aktuell entstandenen und auf den traumatischen Erfahrungen des Holocausts beruhenden Angst reklamiert Israels Bevölkerung von ihrer Regierung für sich eine „bombenfeste“ Sicherheit, ganz zu Recht.

* Professor i. R. der Universität Osnabrück und Mitinitiator der Erklärung „Friedens- statt Kriegspolitik aus der Friedensbewegung und Friedensforschung“ in der SZ vom 31. März 2012.

„Wir werden unser Schicksal nie mehr in fremde Hände legen“, dieses nachträglich als Israel Staatsraison deklarierte Versprechen war die historische Antwort der israelischen Elite auf die Ängste der Menschen und ihr daraus erwachsendes Sicherheitsbedürfnis. Sie, die Staatsraison, wurde bis dato in Israel nicht hinterfragt. Auch die westliche Welt hat sie kritiklos und als gemeinhin gültig akzeptiert. Heute, 64 Jahre nach der Gründung des Staates Israel, hätten sowohl die politische Elite des Landes selbst und die internationale Gemeinschaft allen Grund, Bilanz zu ziehen und zu überprüfen, ob und inwiefern der eingeschlagene Weg das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Israel befriedigt hat. Diese Bilanz ist, bei nüchterner Analyse, unbestritten erschütternd negativ und katastrophal. Statt einer breiten Anerkennung des Staates Israel durch die arabischen Nachbarn und statt Frieden mit den Palästinensern ist in dieser Zeit der neue Konflikt mit dem Iran und die Angst vor dessen Atomprogramm dazu gekommen. Dabei mangelte es kaum an beinahe uneingeschränkter materieller, moralischer, politischer und sicherheitspolitischer Unterstützung der gesamten westlichen Welt. Es wäre daher fahrlässig, die Schuld an der gestiegenen Unsicherheit für Israel und seine Bevölkerung allein anderen Staaten und Völkern im Mittleren und Nahen Osten zuzuschieben. Vielmehr sollten zuallererst die Prämissen der eigenen Sicherheitsphilosophie Israels, eben seiner Staatsraison, einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Es mag durchaus so gewesen sein, dass Israels Staatsgründer ursprünglich die Vorteile einer Selbstverantwortung für die eigene Sicherheit auf Grund des historischen Misstrauens und des Gefühls, von der Weltgemeinschaft allein gelassen worden zu sein, höher eingeschätzt haben als die Vorteile einer internationalen Sicherheitsverantwortung. Insofern kann man den Staatsgründern Israels durchaus ein gewisses Maß an Verständnis entgegenbringen. Allerdings wurden und werden immer noch etliche Probleme und auch Gefahrenquellen, die dieser als vorteilhaft eingeschätzte Weg in sich birgt, übersehen.

Den eigenen Prämissen der Staatsraison zufolge verzichtet Israel freiwillig auf den formellen Schutz durch die internationale Gemeinschaft und übernimmt die Verantwortung und die gesamte Last zur Herstellung der eigenen Sicherheit selbst. Da jedoch die eigenen nationalen Ressourcen Israels als ein kleiner Staat für den

eingeschlagenen Weg, zumal das Sicherheitskonzept von Anfang an als militärisch gedacht war, niemals ausreichten, blieb der israelischen Elite keine andere Wahl als die Hinnahme informeller Abhängigkeiten. Im Klartext: das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, somit jenes Gut, für dessen absoluten Schutz auf fremde Hilfe verzichtet worden war, wurde fortan zur Geisel von sachfremden Interessen und der Willkür mächtiger Gruppen innerhalb und außerhalb des Landes. Indem die Staatsraison aus einem historischen Versprechen abgeleitet wird und indem sie sich der mystischen Kraft einer gesellschaftlichen Konvention als Legitimationsquelle bedient, lässt sie im politischen Raum eine rechtsfreie Zone hervortreten, in der sich finstere Kräfte aus einer nahezu unangreifbaren Position und jenseits jeglicher demokratischer Kontrolle anschicken können, die Schicksalsfrage der Nation auf Leben und Tod zu bestimmen:

Erstens usurpieren in Israel selbst Ideologien, vorneweg der Zionismus, aber auch immer stärker der religiöse Fundamentalismus, den rechtsfreien Raum Staatsraison und erklären die Besatzung und die ungehemmte Besiedlung palästinensischer Gebiete zum „Sicherheitsbedürfnis“ der Israelis. Indem die Sicherheitspolitik zum Tabuthema erklärt und der öffentlichen Debatte und der demokratischen Kontrolle entzogen wird, wird das Sicherheitsbedürfnis unter der Hand zum Vorwand, um die Erfüllung des zionistischen Traums von „Erez Israel“ zur Selbstbehauptungsaufgabe aller israelischer Regierungen zu machen. Die Israelis, die diese selbst geschaffene Tabuzone jenseits der Demokratie nicht anerkennen und sich an deren Regeln nicht halten, werden dann als Verräter denunziert und an den Rand gedrängt.

Zweitens führt die Tabuisierung der Sicherheits- und Militärpolitik in ihrer Gesamtheit dazu, dass diese jenseits eines demokratischen Abwägungsprozesses intransparenten Kräften überlassen wird, für die die ideologischen Ziele den absoluten Vorrang haben. Dass unter diesen Bedingung weniger die sicherheitspolitische Vernunft und die Ideen wie Sicherheit durch Kooperation, sondern konfrontative Konzepte Platz greifen, dürfte auf der Hand liegen. Hierauf gründet sich auch Israels nukleare Sicherheitspolitik und deren Atomarsenal, das im Mittleren und Nahen Ostens unweigerlich ein nukleares Wettrüsten entfacht hat und im Ergebnis für die Menschen in Israel, wie man es gegenwärtig am Israel-Iran-Atomkonflikt beobachten kann, zusätzliche Unsicherheit mit sich brachte.

Zu den Folgen im Innern kommen die Folgen von Israels Staatsraison auf der weltpolitischen Bühne hinzu. Die Staatsraison hebt, nein stürzt das Land in einen exterritorialen Raum jenseits des Völkerrechts. Die Legitimation der UNO wird in Zweifel gezogen und je nach Bedarf werden deren Resolutionen selbstherrlich ignoriert. Durch den freiwilligen Verzicht auf den Schutz durch die internationale Gemeinschaft begibt sich Israel alternativlos in die Obhut jener intransparenten wie dubiosen und demokratisch nicht kontrollierbaren und Hegemonie anstrebenden Kräfte wie dem militärindustriellen Komplex. So wird jener Schutz der Menschen, den Israels Staatsgründer niemals in „fremde Hände“ legen wollten, auch international dunklen Mächten überlassen, die ihn für eigene geostrategische Interessen, für Waffenexporte, Chaos und Unordnung produzierende Zustände instrumentalisieren.

Die Staatsraison bescherte Israel, soviel darf schon jetzt als sicher gelten, nicht nur eine Sicherheitspolitik, die nirgendwohin sonst als in den Abgrund führen kann, sie hebt durch die Schaffung eines rechtsfreien Taburaums auch die demokratische Substanz der „einzigen“ Demokratie in der Region aus. Sie verkehrt überdies das Ziel des maximalen Schutzes für die eigene Bevölkerung, die durch Unabhängigkeit von „Fremden“ erreicht werden sollte, in sein Gegenteil: An die Stelle der angestrebten sicherheitspolitischen Unabhängigkeit tritt die Abhängigkeit von finsternen Kräften und Kriegstreibern.

In Deutschland, dem Land der Täter, erfährt das Problem von Israels Staatsraison dadurch eine Verdoppelung mit absurden Folgen, dass Deutschland Israels Sicherheitsbedürfnis als Wiedergutmachung der eigenen Verbrechen deklariert und die Verantwortung für Israel ebenfalls zur eigenen Staatsraison hochstilisiert: Anstatt aus der eigenen auf Konfrontation mit den Nachbarn ausgelegten Vergangenheit friedenspolitische Lehren zu ziehen und die Opfer der eigenen militärischen Verbrechen zur Kooperation mit den Nachbarn zu ermutigen, hilft Deutschland Israel, durch die Lieferung von nuklear umrüstbaren U-Booten das große Risiko einzugehen, in eine Kriegsfall mit unkalkulierbaren Folgen für Israels Bevölkerung zu tappen. Mich würde es kaum wundern, wenn im Schatten des rechtsfreien Raums der deutschen Staatsraison nicht Freunde Israels, sondern jene durch und durch antisemitischen Kräfte in Aktion sind, die sehr wohl wissen, warum sie Israel in die

Kriegsfalle tappen lassen. Auch die substantielle Beeinträchtigung der Demokratie durch die rechtsfreie weil tabuisierte Verantwortung für Israels vermeintliche Sicherheit gehört zu den weiteren Absurditäten der deutschen Staatsraison. Hinzu kommt noch dieses: Deutschland würde im Falle eines Angriffkrieges gegen Iran, nicht nur Israels Kriegspartei, es hebelte auch die eigene Verfassung aus, die einen Angriffskrieg ausdrücklich verbietet. Und es verstieße obendrein auch gegen die Charta der Vereinten Nationen.

Günter Grass transportiert intuitiv die beschriebenen Gefahrenquellen von Israels Staatsraison in sein Prosagedicht und weist mit seinem Plädoyer für die Kontrolle der Atomanlagen beider Staaten, Israel und Iran, durch eine internationale Instanz in die richtige Richtung. Grass' Plädoyer ist also nicht naiv wie von Becker im Berliner Tagesspiegel meinte, sondern sehr realistisch. Sein Vorschlag liegt übrigens ganz und gar auf der Linie der UN, die bereits in 2010 im Rahmen der NPT-Überprüfungskonferenz eine in 2012 zu beginnende Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten beschlossen hat. Zahlreiche prominente Persönlichkeiten und über 1700 Menschen forderten in ihrer Erklärung „Friedens- statt Kriegspolitik“ in der SZ vom 31. März die UNO auf, „diese Konferenz möglichst bald einzuberufen, selbst wenn sie zunächst von Israel oder Iran boykottiert werden sollte“.